

Die sieben dreistesten Falschaussagen zum Emissionshandel – widerlegt vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

1. "Die vorgesehene Zuteilung von Emissionsrechten an Unternehmen grenzt an Planwirtschaft." (Werner Müller, Vorstandsvorsitzender Ruhrkohle AG, Bundeswirtschaftsminister a.D.)

Die marktwirtschaftlichste Zuteilung der Emissionsrechte wäre die Versteigerung. Die Wirtschaft drängt auf kostenlose Zuteilung, weshalb jetzt über die Zuteilungsregeln gestritten werden muss. Der Vorschlag des Umweltministeriums ist relativ unbürokratisch: Es gibt im wesentlichen gleiche Zuteilungsmengen und Minderungsziele für alle Branchen. Für neu auf den Markt tretende Unternehmen sind einheitliche Standards geplant (Newcomer-Regelung). Unternehmen, die in Energieeffizienz investieren, können die überschüssigen Zertifikate gewinnbringend verkaufen. Mehr Planwirtschaft fordert dagegen der Bundesverband der deutschen Industrie: Er will, dass für jeden Brennstoff individuelle Standards (Benchmarks) festgeschrieben werden. Das wäre die Rückkehr zum alten Ordnungsrecht, gegen das der BDI sonst immer wettet.

2. Er mache sich Sorgen, dass Deutschland bei der Schadstoffreduzierung viel ehrgeiziger voranschreite als andere Länder und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie belaste. (Wolfgang Clement, Bundeswirtschaftsminister)

Die meisten anderen EU-Staaten müssen ihre Emissionen bis 2012 wesentlich stärker reduzieren als Deutschland. Deshalb werden die deutschen Unternehmen trotz des vom Umweltministerium geplanten moderaten Minderungsziels in Höhe von 3,4 Prozent bis 2007 im Durchschnitt Zertifikate an die Unternehmen der anderen EU-Staaten verkaufen können. Im Vergleich zu anderen Instrumenten des Klimaschutzes beziffern DIW, ECOFYS und Öko-Institut in einer Studie die Einsparungen der Unternehmen durch den Emissionshandel auf 230 Millionen Euro bis 545 Millionen Euro.

3. "Die Arbeitslosigkeit, die so [durch die Umweltpolitik] entsteht, hat eine Farbe: Sie ist grün." Umweltminister Trittins Vorstellungen zum Emissionshandel würden „abermals Zigtausende Arbeitsplätze kosten“. (Michael Rogowski, BDI-Präsident)

Ökologie und Ökonomie sind kein Widerspruch. Im Gegenteil. Die Investition in klimafreundliche Technologien öffnet der Deutschen Industrie die Märkte der Zukunft. Das schafft viele neue Arbeitsplätze. Heute arbeiten bereits 130 000 Menschen in Deutschland im Bereich Erneuerbare Energien. Bis 2020 könnten im Bereich Klimaschutz schätzungsweise 200 000 neue Arbeitsplätze entstehen (Prognos).

4. Die seit 1991 in Ostdeutschland betriebenen Modernisierungen in der Chemischen Industrie, Energiewirtschaft und Zementindustrie werden nicht berücksichtigt. (Horst Rehberger, FDP, Wirtschaftsminister Sachsen-Anhalt)

Der Entwurf des Umweltministeriums für den Allokationsplan sieht vor, dass im Zeitraum 2005 bis 2007 insgesamt 30 Millionen Tonnen zusätzliche Zertifikate für frühzeitige Maßnahmen für den Klimaschutz (Early Action) ausgegeben werden sollen. Das ist eine äußerst großzügige Regelung, die gerechtfertigt ist, weil Investitionen zwischen 1991 und 2000 ebenfalls honoriert werden sollen. Die unbegrenzte Anerkennung von Early Action wäre gesamtwirtschaftlich problematisch, weil dadurch die Kohlendioxid-Reduktionspflichten für alle anderen Emissionshandel-Teilnehmer verschärft werden müssten. Eine Aufweichung des Gesamtziels für alle Anlagen zugunsten

der ostdeutschen Industrie würde die EU-Kommission nicht hinnehmen. Bereits im Entwurf des Umweltministeriums haben die Zertifikate-Sonderzuweisungen für Early Action den größten Anteil daran, dass das Minderungsziel bis 2007 von durchschnittlich 3,4 Prozent für einzelne Unternehmen auf 7,5 Prozent ansteigt.

5. Die Pläne Trittins sind "ein Förderprogramm für die Gasverstromung" ... RWE würde "keinen Euro mehr in neue Kohlekraftwerke in Deutschland investieren". (Harry Roels, Vorstandsvorsitzender RWE)

Laut Entwurf des Zuteilungsplans dürfen Unternehmen, die in neue Anlagen investieren, die überschüssigen Zertifikate von den alten auf die neuen Anlagen übertragen. Damit erhalten alle Unternehmen unabhängig vom eingesetzten Brennstoff einen Anreiz für Investitionen in den Klimaschutz. Dieser Anreiz ist beim Übergang auf hocheffiziente Erdgas-Kraftwerke höher. Aber auch führende Betreiber von Kohlekraftwerken wie die RWE profitieren beim Ersatz eines alten Kraftwerkes durch ein modernes von dieser Übertragungsregelung, denn auch sie können die überschüssigen Zertifikate verkaufen. Wolfgang Clement und der BDI dagegen wollen die Übertragung der Zertifikate von alten auf neue Kraftwerke zeitlich sehr stark befristen. Je schneller die Zertifikate zurückgegeben werden müssen, desto geringer werden aber die Effizienzvorteile des Emissionshandels ausfallen.

6. EnBW fürchtet wegen ihres hohen Anteils an Atomenergie "dramatische Benachteiligung im Vergleich zu Wettbewerbern".

Grundsätzlich profitieren die Erzeuger von Atomstrom vom Emissionshandel, denn sie müssen im Vergleich zu den fossilen Stromerzeugern ihre Effizienz nicht steigern. Deshalb fordert der BUND als Ausgleich die Einführung einer Kernbrennstoffsteuer. Für den Atomausstieg plant das Umweltministerium, zwischen 2008 und 2012 Emissionsrechte für 35 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich auszugeben. Das ist mehr als großzügig, denn der Atomausstieg könnte vollständig durch Stromeinsparung, den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung kompensiert werden. Vollkommen an der Sache vorbei ginge es, wenn zusätzliche Zertifikate direkt den Atomkonzernen zugeteilt würden, wie es EnBW fordert. Für die Erzeugung von Atomstrom müssen die Unternehmen ohnehin keine Zertifikate nachweisen; daher müssen ihnen auch keine zugeteilt werden. Für vielleicht von EnBW zukünftig errichtete fossile Ersatzkraftwerke gelten die allgemeinen Zuteilungsregelungen für Newcomer. Das heißt, die ehemaligen Atomstrombetreiber erhalten in Zukunft kostenlos Zertifikate nach den allgemein gültigen Effizienzstandards. Eine Privilegierung, weil sie vorher Atomstrom produziert haben, wäre absurd.

7. "Trittins Pläne zum Emissionshandel gefährden den Chemiestandort Deutschland." Andere EU-Staaten, u.a. Großbritannien, fördern die Chemieindustrie, „indem sie ihnen mindestens die derzeit benötigten Zertifikate ausstellen, oft aber auch weiteres Wachstum durch zusätzliche Zertifikate unterstützen.“ (Verband der Chemischen Industrie, VCI)

Großbritannien – nach Deutschland der zweitgrößte CO₂-Emittent Europas – erteilt keine zusätzlichen Zertifikate für die Chemieindustrie. Nach dem dortigen Entwurf des Zuteilungsplanes soll die Industrie ihre Emissionen bis 2007 um durchschnittlich 5,8 Prozent reduzieren – im Vergleich zu 3,4 Prozent in Deutschland nach dem Trittin-Entwurf. Die Forderung nach zusätzlichen Zertifikaten für Wirtschaftswachstum ist unsinnig, denn der Emissionshandel soll die Einhaltung der Klimaschutzziele garantieren. Die Unternehmen haben ausreichend Spielräume, durch Investitionen und Innovationen die Klimaschutzziele zu erreichen und gleichzeitig zu wachsen. Die EU-Kommission dürfte solche zusätzlichen Zertifikate für Wirtschaftswachstum auch nicht genehmigen, da dies den Regelungen der EU-Emissionshandelsrichtlinie widersprechen würde.

Kontakt: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Matthias Seiche, Referent für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Tel: (030) 27586-433, Fax: -440, Mail: matthias.seiche@bund.net, Internet: www.bund.net